

Information für Pensionierte Januar 2026

Sektor Logistik und syndicom allgemein.

Bruno Wolak, Regionalsekretär Sektor Logistik, Region Nordwest-/Zentralschweiz hat syndicom verlassen.

Der Quartalsabschluss sieht nicht schlecht aus. Obwohl in einigen Bereichen mehr Ausgaben gemacht wurden, konnten in anderen Bereichen Einsparungen gemacht werden. Die Bemühungen zur Kosteneffizienz tragen also Früchte und müssen unbedingt beibehalten werden.

Die Lohnverhandlungen beim Post-Konzern werden schwierig werden, weil die Post vor grösseren wirtschaftlichen Herausforderungen steht.

Sektor 2 ICT

Grosser gewerkschaftlicher Erfolg bei comPlan: Die Rentner:innen erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von einer halben bis drei Monatsrenten, je nach Rentenhöhe. Zudem erhalten die berufstätigen Versicherten von Swisscom und ihren Tochtergesellschaften eine sehr gute Verzinsung (5.25%!).

Die GAV-Verhandlungen in der Netzinfrastruktur sind gestartet. Im Voraus wurde eine Umfrage bei den Arbeitnehmenden durchgeführt. Die Hauptforderungen lauten mehr Ferien und Einführung einer frühzeitigen Altersrente.

Sektor 3 Medien

Das Personal von TeleBilingue will mit Unterstützung von syndicom erstmals eine Personalkommission aufbauen. Sie soll bei einer allfälligen negativen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts über den Konzessionsentscheid die Interessen der Belegschaft vertreten.

Mit der komplett neuen Personalkommission von Keystone-SDA konnte eine gute Zusammenarbeit aufgegleist werden. An der ersten Personalversammlung im November, die syndicom unterstützend mitgestaltete, bewies die dreisprachige Peko, dass sie einen guten Rückhalt bei der Belegschaft hat.

Lohnverhandlungen bei Payot: Dank guter Mobilisierung (über 100 Antworten in einer Lohnumfrage) konnten in den Verhandlungen eine generelle Lohnerhöhung von 1% für alle erreicht werden. Die Mindestlöhne werden zudem um 0.2% an die Teuerung angepasst.

Nach Ankündigung des massiven Stellenabbaus bei der SRG (minus 900 Stellen, mind. 16% des Personals) konnte syndicom rasch Stellung nehmen und in den Medien präsent sein. Der Abbau erfolgt aufgrund des Bundesratsentscheids auf Anleitung von „Medienminister“ Rösti und zeigt das Zerstörungspotenzial der Halbierungsinitiative. Deshalb braucht unser aller Einsatz für ein klares Nein! Für die syndicom-Teilkampagne wurde mit der Kommunikationsabteilung ein Konzept erstellt. Am 18. Dezember fand das erste interne Briefing mit den Sekretär:innen statt, die in der Kampagne eine aktive Rolle einnehmen

Politik allgemein

Diese Halbierungsinitiative ist radikal und verfolgt das Ziel, den medialen Service public der SRG in die Bedeutungslosigkeit zu drängen und ihn de facto abzuschaffen. Die Initiative hätte weitreichende Auswirkungen auf das publizistische Angebot und die regionale Verankerung der SRG. Die Verbreitung von Fake News und Desinformation war nie einfacher als heute. Gerade deshalb braucht es einen starken medialen Service public.

SRF, RTS, RSI und RTR berichten für alle Landesteile – auch dort, wo private Medien schon längst verschwunden sind. Mit halb so vielen Mitteln ist dies schlicht unmöglich. Die SRG investiert zudem massiv in die Schweizer Kulturbranche und bietet Bildungs- und Hintergrundformate sowie Sportübertragungen. Viele solcher Leistungen sind – entgegen anderslautender Behauptungen - auf dem Markt nicht finanzierbar und würden verloren gehen.

In diesem prekären Kontext ist daher ein möglichst klares Nein zur Halbierungsinitiative nicht nur für die SRG, sondern für den gesamten Mediensektor ein sehr wichtiges Signal. Entsprechend gilt es, an den Erfolg der – auch unter tatkräftiger Beteiligung der Gewerkschaften zustande gekommenen – Ablehnung der «No-Billag-Initiative» von 2018 anzuknüpfen und die Halbierungsinitiative deutlich zur Ablehnung zu bringen.

Mit einem Ja zur Halbierungsinitiative droht eine Beschneidung der Medienvielfalt und damit eine Machtverschiebung zu Gunsten der Medien im privaten Besitz. Dies könnte dazu führen, dass die Stimmen der Arbeitnehmenden und die der Gewerkschaften weniger gehört werden: denn bei aller Kritik halten sich die SRG-Medien strenger an das Gebot, allen Seiten das Wort zu geben. Eine Annahme der Initiative wäre nicht zuletzt ein negatives Vorzeichen für den gesamten Service public in der Schweiz.

Es darf nicht sein, dass Medien im Besitz von Grossaktionären eigenständig und ideologisch bestimmen können, worüber berichtet wird. Eine öffentliche Medieninstitution ist auch für die Wahrnehmung von Gewerkschaftsrechten und einen nicht von den Arbeitgebern dominierten Information wichtig.

Der arbeitsfreie Sonntag und verlässliche Ruhezeiten geraten immer stärker unter Druck. Dienstpläne ändern sich kurzfristig, viele Beschäftigte arbeiten bis spät am Abend weiter, und die Erreichbarkeit am Wochenende nimmt zu. Die Folgen sind wachsende psychische Belastungen, körperliche Beschwerden und deutlich höhere

Krankheitsabsenzen. Besonders schwierig ist es für erwerbstätige Eltern, da die Arbeitseinsätze immer weniger planbar sind.

Trotzdem treiben Arbeitgeber und Parlament Vorlagen voran, welche die Arbeitszeit massiv ausweiten. Im Detailhandel sollen die Kantone neu bis zu zwölf Sonntagsverkäufe erlauben können – statt wie bisher vier. Noch gravierender ist die vom Nationalrat beschlossene Revision des Arbeitsgesetzes und des OR. Sie erlaubt bewilligungsfreie Sonntagsarbeit in Büros und fast allen Branchen und macht überlange Arbeitstage von früh bis spät zum Normalfall. Unter dem Etikett Telearbeit wird der Schutz der Beschäftigten ausgehöhlt. Über 1.5 Millionen Arbeitnehmende wären betroffen. Der Bundesrat spielt die Risiken herunter und stellt sich auf die Seite der Arbeitgeber.

Hans Preisig